

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Baden. 1949-1949 1949

64 (8.6.1949)

DAS NEUE BADEN

Erstausgabe monatlich — Bezugspreis DM 2.— einzahl. Träger-
lohn, DM 2.50 bei Postbezug — Gültige Anzeigen-Preiskarte 5
Telefon Nr. 2365 — Telegramm-Adresse: „Neubaden, Lehrschw.“

Breisgau * Schwarzwald * Bodensee

ORGAN DER DEMOKRATISCHEN PARTEI
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

NR. 64/3. JAHRG.

MITTWOCH, DEN 8. JUNI 1949

PREIS 20 PFENNIG

Kritische Phase der Pariser Konferenz

Flucht der Außenminister in die Öffentlichkeit / Um die Vier-Mächte-Regierung Berlins / Unüberbrückbare Gegensätze
Werden Deutsche in Paris gehört? — Südweststaatsfrage wird akut — Gestapomethoden in der Ostzone

Paris. (Von unserem diplomatischen
Korrespondenten)

Die Pariser Konferenz befindet sich in einem Engpaß. Nachdem auch in den drei hinter verschlossenen Türen abgehaltenen Sitzungen keinerlei Fortschritt erzielt werden konnte und die Flucht in die Geheimdiplomatie keinen Erfolg hatte, haben die Außenminister wohl oder übel wieder den Rückzug in die Öffentlichkeit angetreten. Russen und Amerikaner haben ihre Lösungsvorschläge für das Berliner Problem zu Papier gebracht, und man erwartet, daß es hierüber jetzt noch einmal zu einer großangelegten Debatte kommen wird, von der man sich jedoch im Hinblick auf die eigentlichen Verhandlungen keinerlei Ergebnis verspricht, und die wohl in erster Linie den Zweck verfolgt, die Weltöffentlichkeit über die verschiedenen Standpunkte zu unterrichten.

Die Konferenz ist zweifellos in eine kritische Phase eingetreten. Wenn es in der Berliner Frage ebenso wenig wie in der Frage einer Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Gesamtdeutschlands zu einem Einverständnis gekommen ist, hat das im Grunde genommen die gleiche Ursache. Die Russen fürchten, bei einer Annahme des Westmächteplans die Schlacht um Berlin, deren erste Runde sie verloren haben, endgültig zu verlieren; die Westmächte ihrerseits denken nicht daran, in Berlin zu einem Kontrollsystem zurückzukehren, das es den Russen ermöglichen würde, dort jede konstruktive Arbeit zu sabotieren. Sie halten darüber hinaus an den Prinzipien der Freiheit und Demokratie fest, die eine der Grundlagen ihrer Deutschland-Politik bilden.

Wenn es Mitte voriger Woche einen Augenblick lang so aussah, als ob in der Frage einer Wiederherstellung der alliierten Kontrolle mit einigem guten Willen von beiden Seiten doch ein Kompromiß möglich wäre, hat sich dies sehr bald als Illusion erwiesen. Wyschinski ist in seinen Vorschlägen anscheinend doch etwas weiter gegangen, als den Machthabern des Krenel genehm war. Als man an einem Punkt angelangt war, an dem die Situation einigermaßen ausweglos erschien, sollen die Westmächte Wyschinski ersucht haben, darüber nach Moskau zu berichten und neue Instruktionen einzuholen. Wyschinski ist diesem Wunsch nachgegeben, das Ergebnis scheint jedoch nach allem, was bekannt wurde, völlig negativ gewesen zu sein.

Wyschinski ging in etwa zweistündigen Ausführungen auf den sowjetischen Berlin-Vorschlag ein, den er in einer der Geheim-sitzungen dem Außenministerrat vorgelegt hatte. Während Acheson geltend machte, daß nach dem sowjetischen Vorschlag jede Maßnahme des Berliner Magistrats durch das Veto-Recht der Kommandanten aufgehoben werden könnte, meinte Schuman, der sowjetische Vorschlag sei ein bewußter Versuch, die Verhältnisse von 1946 wiederherzustellen, allerdings sei der Plan vielleicht etwas besser als der sowjetische Standpunkt

über die deutsche Einheit, der sogar bis auf Potsdam zurückgehe. Der sowjetische Vorschlag lasse den Deutschen überhaupt keine Befugnisse zu einer freien Entscheidung. Bevin sagte, der sowjetische Plan bedeute, daß sogar die Ernennung von Lehrern Angelegenheit der alliierten Kommandantur sei. Das gleiche treffe für die Polizei zu. Westlichen Traditionen und Gedanken laufe es völlig zuwider, das Polizeiwesen der politischen Einmischung preiszugeben.

Man hat unter diesen Umständen den Eindruck, daß die Tage der Pariser Konferenz gezählt sind. Die Vertreter der Westmächte und besonders die Amerikaner und Engländer haben durchblicken lassen, daß sie nicht länger bereit sind, die unfruchtbare Diskussion noch länger fortzusetzen und es unter diesen Umständen vorziehen würden, die Konferenz bereits Ende dieser Woche zu verlagern. Natürlich besteht immer die Möglichkeit eines Theatertoups in letzter Minute, und

es gibt unentwegte Optimisten, die glauben, daß die Russen schließlich doch noch in letzter Minute einlenken werden. In diplomatischen Kreisen rechnet man trotz allem immer noch mit der Möglichkeit gewisser Abmachungen auf wirtschaftlichem und finanziellen Gebiet, sei es in der Frage der Wiederanbahnung eines Warenaustausches zwischen West- und Ostdeutschland.

Die österreichische Frage wird akut

Paris. Der österreichische Außenminister Dr. Karl Gruber traf am Dienstagvormittag in Paris ein, um sich dem Außenministerrat für seine Beratungen über den österreichischen Staatsvertrag zur Verfügung zu halten. Er stattete dem britischen Außenminister Ernest Bevin einen Besuch in der britischen Botschaft ab und wurde am Nachmittag vom französischen Außenminister Robert Schuman empfangen.

Wahlgesetz wird Freitag verkündet

Wiesbaden. Wie hier aus zuverlässiger Quelle verlautete, werden die westdeutschen Ministerpräsidenten am Freitag in Schlangenbad zusammentreten, um das Wahlgesetz zu verkünden. Gleichzeitig werden sie den Termin für die Bundeswahl festsetzen.

Bis zur Zusammenkunft der Landeswahlleiter am Mittwoch soll das Wahlgesetz gemäß den Wünschen der Militärgouverneure durch das Büro der Ministerpräsidenten nochmals redaktionell überarbeitet werden.

Ferner soll auf der Konferenz ein Organisationsausschuß zur Errichtung einer westdeutschen Bundesregierung konstituiert werden.

Oeffentlicher Dienst oder Mandat?

Baden-Baden. Nach einer im „Journal Officiel“ erschienenen Verordnung des Franz. Oberkommandierenden sind die Militärgouverneure und Oberbefehlshaber der französischen, der amerikanischen und britischen Zone übereingekommen, gleichzeitig Rechtsvorschriften zu erlassen, durch welche es Mitgliedern des ersten Bundestages untersagt wird, zugleich gewisse Stellungen im öffentlichen Dienste zu bekleiden.

Zum Artikel 1 der Verordnung heißt es, daß wenn ein Richter, ein Beamter oder ein Angestellter des öffentlichen Dienstes zum ersten Bundestag gewählt wird, er mit der Wahl ohne weiteres aus dem öffentlichen Dienste ausscheidet. Dieser Artikel findet keine Anwendung auf Personen, die ein Ehrenamt bekleiden, die keine feste Besoldung beziehen, auf Hochschullehrer, Seelsorger, Beamte der Kirchen oder anderer Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts sowie ihrer Verbände, soweit sie nicht zu-

gleich eine andere Stelle im öffentlichen Dienste bekleiden.

Kritik Dr. Schumachers

Rosenheim. Mit einer Großkundgebung begann am Pfingstmontag der SPD-Bayern ihre auf dem diesjährigen Parteitag beschlossene Wahlkampagne. Vor etwa 5000 Zuhörern sprach der SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher, der die Handlungweise der elf deutschen Ministerpräsidenten kritisierte, die nicht das Recht gehabt hätten, das Gesetz in seinem materiellen Inhalt umzuändern. Schumacher kündigte an, die Sozialdemokratie werde im Parlamentarischen Rat die gesamte Materie des Wahlgesetzes noch einmal aufrollen, da sie die Ansicht vertritt, daß das Grundgesetz in seinem ganzen Inhalt von den Militärgouverneuren unterschrieben und damit rechtsverbindlich sei. Änderungen könnten also nur durch den Parlamentarischen Rat vorgenommen werden.

Erweiterung deutscher Befugnisse

Baden-Baden. Bisher von der französischen Militärregierung in ihrer Zone ausgeübte Befugnisse hinsichtlich der Lenkung der deutschen Wirtschaft sind jetzt durch den französischen Oberbefehlshaber in Deutschland den deutschen Behörden zurückübertragen worden. Die französischen Stellen haben sich lediglich das Kontrollrecht vorbehalten.

Danach sind die deutschen Behörden jetzt für die Aufstellung und Durchführung von Produktionsprogrammen und Transportplänen und für die Verteilung von Rohstoffen und Erzeugnissen zuständig sowie mit gewissen Ausnahmen für die Festsetzung von Löhnen und Preisen.

Durch eine gleichzeitig erlassene Verfügung des französischen Oberbefehlshabers sind auf der Liste der wirtschaftlichen Sachgebiete, für die sich die französische Besatzungsmacht die Gesetzgebung vorbehalten hat, mehrere Sachgebiete gestrichen worden, so daß nur noch die folgenden Gebiete der Gesetzgebungsgewalt der Besatzungsbehörden unterstehen: Geldverkehr und Devisenkontrolle, Schulden des ehemaligen Deutschen Reiches, Zölle und Außenhandel, Lohnpolitik und Preisfestsetzung, Maß- und Gewichtswesen, allgemeine Statistik, Ernährungswirtschaft, Transportwesen, Post- und Fernsprechkverkehr.

Was will eigentlich die „Tat“?

Worms. Die erste Deutschland-Tagung der Volksbewegung „Sammlung zur Tat“ nahm verschiedene Entschlüsse an, die u. a. die Bonner Verfassung ablehnen. Die Bewegung erwartet von ihren Anhängern bei den bevorstehenden Wahlen die Abgabe ungültiger Stimmzettel (1), falls die Aufstellung oppositioneller Kandidaten verhindert werden sollte und erklärt, daß einem Anschluß von Kommunisten an die Bewegung nichts im Wege stehe (1).

Lebensmittel bleiben bewirtschaftet

Baden-Baden. Zu der Prosemmeldung, nach der die Aufhebung der Lebensmittelbewirtschaftung mit Ausnahme von Fett und Fleisch unmittelbar bevorsteht, wird von den zuständigen Stellen in Baden-Baden und Frankfurt erklärt, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspreche.

Sind wir Neger?

In Paris treten die großen Vier zur Zeit auf der Stelle. Man erfährt nicht allzuviel, was hinter verschlossenen Türen vor sich ging. Jedenfalls scheint es nicht sonderlich voranzugehen. Um so lebendiger ist es in den Bezirken der deutschen Innenpolitik geworden. Ueber die Pfingsttage hat in Rosenheim Dr. Schumacher sich für die Sozialdemokratische Partei mit den großen Fragen der Innen- und Außenpolitik auseinandergesetzt und ein Herr Steinfeld aus Villingen hatte seine Getreuen nach Worms zu einer „Deutschland-Tagung“ einberufen. Man hat dort den Mund reichlich voll genommen, von der Notwendigkeit gesprochen, neue Wege zur Beseitigung der Notstände unserer Zeit zu suchen, ohne daß auch nur einer der Redner einen dieser Wege aufgezeigt hätte. Was uns aber stutzig macht, ist Herrn Steinfelds Anspruch, seine „Sammlung zur Tat“-Partei als „deutsche Bewegung“ zu firmieren. Von „Bewegungen“ haben wir nach den Lehren der Vergangenheit übergenug, und man müßte an dem politischen und gesunden Menschenverstand der Deutschen endgültig verzweifeln, wollte Villingen als „Kreisstadt der Bewegung“ in die Geschichte deutscher Abenteuerpolitik eingehen.

Aber auch ernst zu nehmende Politiker haben sich in diesen Tagen in unserer Südwestecke mächtig gerührt. In dieser nachpfingstlichen Woche wird der Sechserausschuß zur Vorbereitung eines Staatsvertragsentwurfs über den Länderzusammenschluß in Südwestdeutschland zusammentreten. In der Jubelstadt Ladenburg sprach der württembergisch-badische Staatspräsident Dr. Maier über die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Südweststaates und in Ueberlingen, an der „hadischen Riviera“, kamen namhafte Vertreter der CDU aus dem badischen Bodenseegebiet, aus Württemberg und Hohenzollern zusammen und bejahten den Südweststaat ebenfalls. Mit Genugtuung vernimmt man, daß auch Herr Wohleb einer raschen Durchführung der Staatsvertragsverhandlungen keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen soll, wobei nur bedauernd festzustellen wäre, daß wir den Zusammenschluß der drei Länder ohne diesen Widerstand schon im August vorigen Jahres hätten haben können.

Die innenpolitische Bewegung hat in diesen Tagen aber auch über den auf die deutsche Südwestecke beschränkten Raum hinausgegriffen, und hier fängt die Sache an, bedenklich zu werden. Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder, die die Bühne der großen Politik betreten, haben „deutsche Bundesregierung“ gespielt und sich eine Rolle angemaßt, die ihnen nach demokratischen Spielregeln nicht nur nicht zusteht, sondern die sie auch hundsmiserabel durchgeführt haben. Als ihnen die drei Militärgouverneure ihre Vorbehalte und eigenen Abänderungswünsche zu dem vom Parlamentarischen Rat verabschiedeten Wahlgesetz übermittelten, haben die drei der CDU angehörenden Ministerpräsidenten von Südbaden, Südwürttemberg und Rheinland-Pfalz sich über die Dienstbotentreppe das Geholt, was die Mehrheit des Parlamentarischen Rates in offener Abstimmung der CDU versagt hatte: ein noch größeres Stück vom Mehrheitswahlsystem, auf das die CDU nun einmal versessen ist. Nach allem, was man über die Interna der Schlingensack-Konferenz hört, ist um Haarsbreite eine Verschiebung der Wahlen und damit der Bildung des Bundesstaates bis Weihnachten, ein staatsrechtliches Vakuum und staatspolitisches Unglück also, verhindert worden, das die Länderchefs der französischen Zone um kleinlicher etwaiger Parteivorteile willen anscheinend leichten Herzens in Kauf genommen hätten.

Mit Demokratie hat all das nichts zu tun. Die Militärgouverneure hatten dem Parlamentarischen Rat vor zwei Monaten die Befugnis zur Aufstellung eines einheitlichen Wahlsystems zugestanden, und Artikel 137 des Bonner Grundgesetzes sagt ausdrücklich: „Für die Wahl des ersten Bundestages, der ersten Bundesversammlung und des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gilt das vom Parlamentarischen Rat zu beschließende Wahlgesetz.“ Um das Grundgesetz, also die Verfassung des neuen Staates, haben sich die Herren Wohleb, Müller und Altmeyer einen Deut gekümmert. Lassalle hat vor beinahe hundert Jahren einmal gesagt, eine geschriebene oder rechtliche Verfassung sei dann gut und dauerhaft, wenn sie der wirklichen Verfassung, d. h. den realen, im Lande bestehenden Machtverhältnissen, entspreche. Diese Machtverhältnisse und damit die Verfassung haben die zufällig mit der staats-

Hintergründe des Marshall-Plans

Washington. Der frühere US-Außenminister George Marshall bezeichnete auf einem von den Botschaftern und Gesandten der sieben Marshall-Plan-Länder ihm zu Ehren gegebenen Empfang den Atlantikpakt als einen für ein wiederhergestelltes Europa und eine friedvolle Welt notwendigen Schritt. Ich bin der Ansicht, daß eine schnelle Ratifizierung für die Welt von großer Bedeutung ist, daß dadurch die Zusammenarbeit sowohl im Hinblick auf alle den Pakt betreffenden Punkte als auch hinsichtlich des ursprünglichen Hilfsprogramms fortgesetzt und erweitert wird.

Marshall gab einen Überblick über die Gründe, die ihn vor zwei Jahren zu seinen Vorschlägen für das Europäische Hilfsprogramm führten, und über die großen Fortschritte, die im Verlauf des ersten Jahres des Programms gemacht werden konnten. Die wirtschaftliche Erholung sei allein jedoch nicht ausreichend für Frieden und Wohlstand. „Ein Gefühl der Sicherheit ist für die Zukunft Europas und der Welt unerlässlich.“

Der außenpolitische Ausschuß des Senats hat, wie der demokratische Senator Fulbright nach einer Geheim Sitzung bekanntgab, den Atlantikpakt gebilligt und wird dem

Senat in einem Bericht seine Ratifizierung empfehlen.

Sicherheit der Westunion

Paris. In der Normandie fanden am Pfingstsonntag und -montag Gedenkfeste anlässlich des fünften Jahrestages der alliierten Invasion statt, die ihre Höhepunkte mit großen Feuerwerken an der Küste der Normandie fanden.

Feldmarschall Lord Montgomery, der damals die Operationen leitete, sprach in Hermantville, einem kleinen Küstenstädtchen in der Normandie, vor Engländern und Franzosen. „Ich möchte Ihnen sagen“, erklärte Montgomery, „daß die Streitkräfte Großbritanniens Seite an Seite mit den französischen Soldaten kämpfen werden, wenn noch einmal eine Aggression kommen sollte.“

Der Feldmarschall, der heute der militärische Chef der Westunionsmächte ist, sagte, „die Sicherheit der Westunion gegen eine Aggression steht und fällt mit der Einheit der westeuropäischen Staaten.“

Neuer Staatssekretär der US-Armee

Washington. Präsident Truman hat am Dienstag den bisherigen Unterstaatssekretär für die Armee im Verteidigungsministerium, Gordon Gray, zum Staatssekretär für die Armee ernannt.

ministerpräsidentlichen Würde bekleideten Politiker der CDU umgeben. Wir glauben, die allbädischen Achtundvierziger wären auf die Barrikaden gegangen.

Es erhebt sich nun die Frage, ob wir in einer Demokratie leben oder nicht. Als die amerikanischen Südstaaten nach dem Bürgerkrieg die Neger noch vom Wahlrecht ausschließen wollten, haben sie in ihre Verfassung die Bestimmung aufgenommen, daß nur derjenige wahlberechtigt sei, der die Verfassung lesen, verstehen und ihr eine vernünftige Auslegung geben könne. Wie damals die Wahlbeamten darüber zu bestimmen hatten, was „vernünftige Auslegung“ sei, so maßen sich die Herren Wohleb, Müller und Altmeier das Recht der ausschließlichen Auslegungsfähigkeit an und stempelten ihre „Untertanen“ zu Negern. Wir simplen Staatsbürger werden zwar in Länderverfassungen und Bonner Gesetz als die eigentlichen Souveräne angesprochen. Der Einbruch in die demokratischen Volksrechte zeigt aber, daß wir gar nichts zu melden haben, solange eine allgewaltige und sich immer mehr zu einer Partei mit Totalitätsanspruch entwickelnde CDU das Ruder in der Hand hat. Die Militärgouverneure haben die Ministerpräsidenten auf deren Wunsch hin ermächtigt, in ihren Ländern die Verteilung zwischen den Wahlbezirken und den Landeslisten im Verhältnis 60 zu 40 vorzunehmen. Dagegen ist ein Einspruch nicht möglich. Möglich aber ist unser Protest gegen das undemokratische Vorgehen der Herren Wohleb und Genossen, die wahrscheinlich auch der CDU einen Bärenservice erwiesen haben. Das Volk aber bedankt sich, zur Rolle rechtloser Neger herabgewürdigt zu werden.

Westdeutscher Konsultativrat genehmigt

Bonn. Der westdeutsche Konsultativrat, der den Außenministern für die Pariser Konferenz zur Verfügung stehen soll, ist nach einer Mitteilung von Dr. Konrad Adenauer durch die drei westlichen Militärgouverneure

Die nächste Ausgabe wird ausnahmsweise erst am Samstag erscheinen.

anerkannt worden. Der Rat wird nach Adenauers Meinung in nächster Zeit für Anfragen aus Paris in Anspruch genommen werden.

Berliner Bischof kritisiert

Ungeist der Lüge und Gewalt

Die Gestapo lebt wieder auf — Schwindel der „Volkskongress“-Wahlen — Alles Recht ist beseitigt

Berlin. Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Kirchen Deutschlands, Dr. Otto Dibelius, Bischof von Berlin und Brandenburg, richtete in einem Schreiben an die evangelischen Gemeinden seines Bistums scharfe Angriffe gegen das augenblickliche Regierungssystem in der Ostzone. Für die Kirche sei jetzt die Stunde gekommen, zu reden, nachdem ein deutsches Staatsgebilde wieder im Entstehen sei und die Verantwortung in deutsche Hände gelegt werde.

Der Rat besteht aus den vier Regierungschefs Heinrich Wilhelm Kopf, Niedersachsen (SPD), Max Brauer, Hamburg (SPD), Peter Altmeier (CDU) sowie den fünf Mitgliedern des Parlamentarischen Rates Dr. Konrad Adenauer (CDU), Dr. Anton Pfeiffer (CSU), Erich Ollenhauer (SPD), Professor Carlo Schmid (SPD) und Professor Theodor Heuß (FDP).

Die Berliner Vertreter sollen nur dann zur Teilnahme am Konsultativrat aufgefordert werden, wenn die Außenministerkonferenz es wünscht. Als Berliner Vertreter waren Professor Ernst Reuter (SPD) und Jakob Kaiser (CDU) zum Konsultativrat delegiert.

Die Kirche hätte sich bisher Zurückhaltung auferlegt, obwohl es schwer gewesen wäre, zu schweigen, wenn tausende deutscher Männer und Frauen plötzlich verschwanden.

Dazu könne aber jetzt nicht mehr geschwiegen werden, da in der sowjetischen Besatzungszone mit der Abteilung 5 der Volkspolizei ein ähnliches Instrument wie die Gestapo wieder aufgebaut worden sei. Man arbeite auf diesem Gebiet heute wieder mit den gleichen Methoden wie seinerzeit. Alles, was Recht genannt werde, sei beseitigt worden. Was die „Volkskongress“-Wahlen anbetreffe, so seien die Stimmezettel genau nach dem Muster der Naziwahlen angefertigt worden.

In zahllosen Dörfern und Städten sei das kirchliche Leben durch politische Gewalt behindert und eingeschränkt.

Der Gottesdienst werde praktisch unmöglich gemacht, wenn arbeitsfähige Männer am Sonntag zur Arbeit kommandiert würden und Jugendliche zur Vorführung antreten müßten. Auch dem Religionsunterricht in den Schulen würden laufend Schwierigkeiten gemacht. „Jeder von uns“, heißt es am Schluß des Briefes, „trägt eine Mitschuld daran, daß es wieder in einem Teile Deutschlands zu diesen Zuständen gekommen ist.“ Bischof Dibelius bittet jeden, in dessen Brust ein Gewissen schlägt, alles abzulehnen, was den Geist der Gewalt und der Lüge stützt.

Es ist das erste Mal, daß ein kirchlicher Würdenträger der Ostzone die dortigen Zustände in so scharfer Weise kritisiert.

Genau wie Hitler

Leipzig. Ueber vier Stunden lang nahm am Sonntag der SED-Vorsitzende Pieck einen Aufmarsch von FDJ-Vertretern aus der gesamten Sowjetzone ab. Unter den gleichgekleideten Jugendlichen befanden sich auch Delegierte aus Westdeutschland und aus Ländern, die der Weltföderation der „demokratischen Jugend“ angehören.

Sowjetagent Eisler

Seine Schwester muß es wissen

Frankfurt. Die Schwester des Kommunisten Gerhard Eisler, Ruth Fischer, erklärte am Dienstag in London, daß „durch die Freilassung ihres Bruders ein weiterer sowjetischer Agent auf das deutsche Volk losgelassen worden sei“. Ruth Fischer hatte bereits vor 1930 mit der Kommunistischen Partei gebrochen und später auch mit ihrem Bruder, den sie als eingehorsames Werkzeug der sowjetischen Geheimpolizei bezeichnete.

Hessische Grenzpolizisten entführt

Wiesbaden. An der amerikanisch-sowjetischen Zonengrenze bei Rasdorf wurden zwei hessische Grenzpolizisten von zwei sowjetischen Soldaten in die Sowjetzone entführt und erst nach zweitägiger Haft wieder freigelassen.

Motorisierte Streifen der hessischen Grenzpolizei hatten durch Zeugenaussagen festgestellt, daß die beiden Beamten in der sowjetischen Kommandantur Geisa im Kreise Eisen- und Rettungsflugzeuge geborgen sind, sofort an Ort und Stelle. Nach den ersten Informationen sollen 25 Personen gerettet worden sein, davon mehrere schwer verletzt.

Flugeingangluck in Brasilien

Rio de Janeiro. Ein Flugzeug der brasilianischen Luftstreitkräfte stürzte am Dienstag in den Bergen der Provinz Santa Catarina ab. Sämtliche 29 Passagiere und die Besatzung kamen ums Leben.

Staatspräsident Auriol in Algerien



Der franz. Staatspräsident Vincent Auriol unternimmt gegenwärtig eine Reise durch Algerien. Bei dieser Gelegenheit verließ er der Stadt Algier das Kreuzkreuz und bekam ein rein-rosaiges Araberferd zum Geschenk.

WIRTSCHAFT

Wirtschaftliche Lage Südbadens

Freiburg. Nach einem Monatsbericht des badischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit für April 1949, der Ende Mai abgeschlossen wurde, hat sich die wirtschaftliche Lage Südbadens im April gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert. Die rückläufigen Tendenzen auf der einen Seite werden durch günstige Saisoninflüsse ausgeglichen. Firmen verhalten sich den Absatzschwierigkeiten gegenüber abwartend und produzieren vorläufig auf Lager. Die Beschäftigungszeit der Industrie zeigt immer noch eine leicht steigende Tendenz, während der Brutto-Produktionswert im April absolut von 128 auf 120,5 Millionen DM gesunken ist. Da die flüssigen Mittel des Handels in unabherrschbarer Menge investiert sind und oft auch ungewöhnlich lange Zahlungsfristen in Anspruch genommen werden, ist die Illiquidität in manchen Branchen der Industrie bedrohlich geworden. In der Industrie ist eine gewisse Rationalisierung durch Einsparung von Arbeitskräften zu beobachten. Die Arbeitslosigkeit ist insgesamt um 219 Personen gestiegen. Geringe Anzeichen einer Frühjahrsbelebung zeigen sich in der Erhöhung der offenen Stellen um insgesamt 10 sowie in einer Steigerung der Ergebnisse der Arbeitsvermittlungen.

Auf dem Kapital- und Geldmarkt ist nach Angaben der Banken und Sparkassen die Sparrigkeit weiter im Steigen begriffen. Jedoch ist dies noch nicht derart, daß der Kapitalmarkt wieder voll leistungsfähig ist. Bei der Vergebung von Anleihen und zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse mußte in starkem Maße auf die Bänke zurückgegriffen werden, da der badische Kapitalmarkt sehr viel schwächer ist als der der Bizone. Die Kredite an die Nichtbankenkundschaft erhöhten sich nur um 3,2 Millionen DM, das sind 3,1 Prozent gegenüber dem Vormonat mit 13,9 Millionen DM, das sind 18,4 Prozent. Bei Kreditbanken haben die als die Nichtbankenkundschaft gewährten Kredite um 2,8 Millionen DM abgenommen, während diese Kredite bei den Sparkassen um 2,8 Millionen DM, bei den Genossenschaftsbanken um 1,6 Millionen DM und bei den Zentralkassen um 1,9 Millionen DM zunahm. Die bei den Geldinstituten verfügbaren Gelder wurden in erhöhtem Maße bei anderen Kreditinstituten angelegt, wozu sich eine Ausdehnung der Bank an Bankkrediten von 9,8 auf 25,9 Millionen DM ergab. Die Barliquidität der Geldinstitute hat sich von 12,9 Prozent auf 12,3 Prozent erhöht.

Erfassung der seit Kriegsende entstandenen Verluste

Koblentz. Eine genaue Erfassung der seit Kriegsende bei Industrie-, Energie-, Unternehmens- und Verkehrsbetrieben (außer Eisenbahn, Post und Schifffahrt) entstandenen Verluste an Anlagen, Maschinen, Werkzeugen, Material usw. soll ab sofort in allen drei Ländern der französischen Besatzungszone durchgeführt werden. Es soll dadurch eine systematische und einwandfreie Zusammenfassung aller bisherigen Feststellungen erreicht werden, die zu statistischen Zwecken sowie zur Schaffung einer Grundlage für etwaige spätere Entschädigungen dienen soll. Die betreffenden Formulare sind bei den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern bzw. Kreisinnungsverbindungen erhältlich und dort innerhalb von fünf Wochen ausgefüllt abzurufen.

Nicht erfaßt werden derzeit die Kriegsschäden der Gruppen Handel, Banken, Versicherungen, Fremdenverkehr, Landwirtschaft sowie der Handwerksbetriebe, bei denen die obigen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Diese sollen bei späteren Erhebungen zur Meldung herangezogen werden.

Kein Umtausch von Kleinplanzerabak

Freiburg. Das Finanzministerium von Südbaden hat neue Richtlinien für den Anbau von Kleinplanzerabak erlassen. Die wichtigste und die betreffende Kreise besonders interessierende Bestimmung besagt, daß ein Umtausch von Kleinplanzerabak der Ernte 1949 in fertige Tabakerzeugnisse nicht stattfindet.

Damit entfällt der Hauptreiz für den Kleinplanzer, der früher bei dem Umtausch die Tabakerzeugnisse steuerfrei erwarb. Bereits im Vorjahr war der ermäßigte Steuersatz für Prioritätsware zu entrichten.

Die Anmeldung hat spätestens am 31. Juli bei der Zollstelle des Anbaugrundstückes zu erfolgen.

Keine Volldemontage bei Uhren-Müller

Tübingen. Mit Unterstützung der französischen Stellen ist es der südwürttembergischen Regierung gelungen, die vollkommene Demontage der Uhrenfabrik Müller in Mühlheim (Kreis Tuttlingen) zu vermeiden, da Jugoslawien dem Austausch neuer Maschinen anstatt der zur Demontage vorgesehenen alten Maschinen zugestimmt hat.

Wetterbericht

Aussichten bis Donnerstagabend

Das neue Hochdruckgebiet über Mittelamerika, das uns seit Pfingstmontag überwiegend warm und heitere Wetter brachte, wandert langsam in östlicher Richtung weiter. Die über Nordwesteuropa hinwegziehenden Tiefdruckgebiete gewinnen daher erneut bei uns Einfluß. Einfluss bis Donnerstagabend: Wetter der zwölften stürkere Bewölkung und etwas, meist örtliche und gewittrige Schauer, dazwischen auftretend, wenn.

„DAS NEUE BADEN“

Chefredakteur: Adolf Kinzig
Anschr. der Redakt.: Lehrschw., Postz. 276, Tel. 130.
Verlag: Demokratische Verlagsges. mbH, Lehrschw., Druck: Moritz Heisenburg Lehrschw. u. Z. Wald

Spvgg. Fürth beinahe ...

Table with football results: Entscheidungsspiel: Bayern München - St. Pauli 2:2; Aufstiegsgruppe: Bayern München - SG Untertürkheim 2:0; etc.



DIE SPORT WELT

Unsere Tabellen

Table with football league standings: Aufstiegsgruppe Oberliga Süd; Gruppe I: John Regensburg 4 2 1 0 10:7; etc.

Trotz der massiven Abwehr gelang den Pforzheimern in der 22. Minute durch Gau das Gegen-

In einem zügigen Spiel verstanden es die Platzherren, jede sich bietende Torchance auszunutzen. Nach mehreren Abstoßern schoß Hübeny in der zwölften und dreizehnten Minute zwei Tore für Regensburg. Kurz vor Ende der ersten Halbzeit

Nun doch St. Pauli!

Erst das zweite Entscheidungsspiel brachte die Entscheidung

Dem Schiedsrichter Schumann (Dortm.) stellten sich die Mannschaften in folgender Aufstellung: St. Pauli: Alm; Müller; Appel; Börrer; Dzur; Sten-

Nach einer halben Stunde endlich hatte sich Bayern von Hamburgs Druck freigemacht und wurde dann ungemein gefährlich als Heideit auf Halb-

Die Pfingstspiele der Heimat

Fast Freiburg - Deutsche Studentenausw. 0:2. Trotz hochsommerlicher Hitze rollte am Pfingstmontag im Mösle-Stadion ein zeitweises schnelles Spiel ab, doch es fehlten Spannung und Höhepunkte

Abwehr hielt sich prächtig. Rechtsaußen Stalder schoß auf Vorlage des Linksaußen das einzige Tor des Tages.

Schweizer siegen beim Säckinger Radrennen

Alle Erwartungen, die man in das Säckinger Rundstreckenrennen gesetzt hatte, wurden noch bei weitem übertroffen. Ueber 5000 Zuschauer

Portugal Weltmeister im Rollschuhhockey

Im Verlauf der Tagung des Internationalen Rollschuhhockeyverbandes wurden die Zulassungsanträge von Deutschland, Irland und Chile im Prinzip

Staatliche Wohnungsbauförderung

Der Badische Landtag hat in einer seiner letzten Sitzungen das vom Ministerium des Innern vorgelegte Landesgesetz über eine

Staatliche Wohnungsbauförderung

Hoffnungen aufzubauen. Allein die Tatsache, daß aus den sofort zur Verfügung gestellten drei Millionen nach Beschluß des Staats-

Staatliche Wohnungsbauförderung

6,5 Prozent schaffen will. Ich gebe zu, daß die Eisenbahn sich in einer besonderen Notlage befindet, deren Ursache zu untersuchen hier

Staatliche Wohnungsbauförderung

setz über eine staatl. Wohnungsbauförderung vor der betrüblichen Tatsache, daß in Südbaden nur drei Millionen DM Mittel zur Verfügung stehen.

Staatliche Wohnungsbauförderung

Der Badische Landtag hat in einer seiner letzten Sitzungen das vom Ministerium des Innern vorgelegte Landesgesetz über eine staatl. Wohnungsbauförderung genehmigt.

Staatliche Wohnungsbauförderung

Hoffnungen aufzubauen. Allein die Tatsache, daß aus den sofort zur Verfügung gestellten drei Millionen nach Beschluß des Staatskabinetts eine Million der Stadt Freiburg zur Verfügung gestellt werden soll, geht hervor,

Staatliche Wohnungsbauförderung

6,5 Prozent schaffen will. Ich gebe zu, daß die Eisenbahn sich in einer besonderen Notlage befindet, deren Ursache zu untersuchen hier nicht am Platze ist.

Staatliche Wohnungsbauförderung

setz über eine staatl. Wohnungsbauförderung vor der betrüblichen Tatsache, daß in Südbaden nur drei Millionen DM Mittel zur Verfügung stehen.

Staatliche Wohnungsbauförderung

Der Badische Landtag hat in einer seiner letzten Sitzungen das vom Ministerium des Innern vorgelegte Landesgesetz über eine staatl. Wohnungsbauförderung genehmigt.

Staatliche Wohnungsbauförderung

Hoffnungen aufzubauen. Allein die Tatsache, daß aus den sofort zur Verfügung gestellten drei Millionen nach Beschluß des Staatskabinetts eine Million der Stadt Freiburg zur Verfügung gestellt werden soll, geht hervor,

Staatliche Wohnungsbauförderung

6,5 Prozent schaffen will. Ich gebe zu, daß die Eisenbahn sich in einer besonderen Notlage befindet, deren Ursache zu untersuchen hier nicht am Platze ist.

Staatliche Wohnungsbauförderung

setz über eine staatl. Wohnungsbauförderung vor der betrüblichen Tatsache, daß in Südbaden nur drei Millionen DM Mittel zur Verfügung stehen.

Neuer Münchhausen gesucht!

Eine Prämie für den größten Lügner
Bei einem amüsanten Leserwettbewerb einer Wochenschrift um die haarsträubendste Lügengeschichte...

Kreuzotter mit Rückstoß

An unserer Waldbankstelle beobachteten wir öfters eine Kreuzotter, die Benzinreste trank. Wir stellten ihr schließlich einen Blechdeckel mit Benzin hin...

Der schärfste Wachhund

Mein Vater hatte lange Jahre einen Hund, der ihm zu zahm war. Schließlich fütterte er ihn sechs Wochen lang mit Rasierklingen...

Fische mit Kompressen

Als ich eines Tages beobachtete, daß in meinem Goldfisch-Aquarium Bläschen aufstiegen, kontrollierte ich alle Tiere und merkte bald, daß mein Goldfisch Egon schwer hustete...

Der Flaschenbaum

Ich bin heute ein alter Mann. Im Jahre 1908 geriet die „Emma“ mit mir als Schiffsjungen an Bord, in einen furchtbaren Sturm. Die Wellen gingen hunderte von Metern hoch...

Lustiges aus Bayern

Ein Sägewerksbesitzer im Alpenvorland fährt mit seinem Betriebsleiter, einem Vertriebenen aus Pommern, über Land zum Holzverkauf. Das Ziel ist nur über einen sehr schlechten Weg zu erreichen...

Der Privatier Wusleder aus Giesing hat Besuch. Sein Schwager Greinöder aus dem Bayerischen Wald ist gekommen und hat seinen Sprößling, den zehnjährigen Michl, mitgebracht...

Tragödie im Operationsaal

Mord am Todfeind — Vaterliebe führte zum Wahnsinn

Ein aufsehenerregender Mordprozeß, dessen Begleitumstände eine Tragödie ungewöhnlichen Ausmaßes enthielten, beschäftigte die Gerichte in Los Angeles. Der Kaufmann Niceforo Parral befand sich vor einiger Zeit auf einer Geschäftsreise...

Die beiden Männer waren vor zwei Jahrzehnten wegen der bildschönen Tochter eines Fabrikanten so heftig in Liebeshändel geraten, daß sich ihre Angebeteten von dem einen, wie von dem anderen zurückgezogen hatte, und nichts als ein unauslöschlicher Haß der beiden Rivalen zurückgelassen war...

Wenn der Topf aber nun ein Loch hat . . .

Von Jo Hanns Rösler

Mein Topf hatte ein Loch. Kitty hielt ihn zum Licht. „Schau, Johannes!“ Ich schaute. „Kuckuck!“ winkte ich durch das Loch. „Sei ernsthaft! Wir brauchen einen neuen Topf.“

Kitty stand traurig. „Nun haben wir wieder keinen Topf, Johannes!“ Ich küßte sie. „Hatten wir Jahre keinen Topf, brauchen wir heute auch keinen Topf.“

den Operationsaal geschafft worden sei, wo der Chefarzt den gefährlichen Eingriff vornehme. Atemlos und seiner Sinne nicht mehr mächtig, eilte der geängstigte Vater durch die Korridore der Klinik, bis er endlich das Operationszimmer gefunden hatte.

Er klopfte. Keine Antwort. Da öffnete er vorsichtig die Tür und erblickte sein Söhnchen todesbleich auf dem Behandlungstisch liegend. Daneben steht, mit dem Rücken zur Tür, Professor Serpientes. Seine Arztschürze ist blutbefleckt, und Blutflecke stehen auch auf dem Tuch, das Frasquitos Körper verhüllt.

Wenig später wurde Professor Serpientes mit zertrümmertem Schädel, auf dem Boden liegend, von seinem Assistenten aufgefunden. Daneben lag ohnmächtig sein Mörder — Niceforo Parral. Frasquito aber überstand die Operation gut und war schon nach drei Wochen völlig wiederhergestellt.

mich ohne Topf gelassen! Ich mußte Ihre Steinseife kaufen, ich mußte Ihre Suppen-erzeugnisse abnehmen, ich mußte fast ein Jahrzehnt bei Ihnen Gewürzersatz und Nahrungsmittel und Ihr verschimmeltes Muschelfleisch dazunehmen...

Ich hielt den alten Topf in der Hand. Der Bürgermeister grüßte mich. „Wollen Sie ihn löten lassen?“ „Ein Gedanke von Schiller!“

Mit dem Loch im Topf heimkommen? Das konnte ich Kitty nicht antun. Sie freute sich so sehr auf einen heißen Topf Ich entschloß mich daher und hatte dafür meine Gründe...

„Hat Ihr Topf auch ein Loch?“ rief er mir entgegen. „Ihrer auch?“ fragte ich. „Ja, ich will ihn in Ihrem Dorf löten lassen.“

Mord wegen einer Zigarette
In der sardinischen Stadt Cagliari tötete der 45jährige Liberto Pilla seinen Freund mit Messerstichen, weil ihm dieser keine Zigarette angeboten hatte.

Unser Filmporträt

JOHN MILLS



Wer sich an das Bild des eleganten Herrn im Frack mit Vollbart erinnert wie er seinen Preis als Englands männlicher Filmlaster Nr. 1 entgegennimmt, wird kaum glauben, daß der gleiche John Mills seine Bühnenlaufbahn als Tänzer und Choreograph begann. Der Vollbart selbst war zwar echt, aber sozusagen nur ein Berufshair.

Da bot ihm ein Agent die Teilnahme an einer Theaterturnee nach Indien, China und Malaya an. In Singapur sah ihn Noel Coward, der sich gerade auf einer Weltreise befand, im Theater in „Journey's End“.

Seine größte Rolle wurde der junge Pip in Dickens „Geheimnisvolle Erbschaft“. John Mills erhielt für seine Darstellung im Filmwettbewerb der „Daily Mail“ für 1947 mit 244.626 die meisten Stimmen als bester englischer Filmschauspieler vor James Mason.

L 276 vor 6 Jahren explodiert

L 276, einer der Sterne, die der Erde am nächsten sind, ist, wie kürzlich Dr. Harlow Chapley von der Sternwarte der nordamerikanischen Harvard-Universität erklärte, im Jahre 1943 mit einer Kraft, die mit der der Atombombe von Hiroshima zu vergleichen sei, explodiert.

Ausblick auf die Sommermode

Bunt und leicht für Strand und Stadt. Während früher die führenden Modenhäuser nur zwei Modeschauen — eine im Frühjahr, die andere im Herbst — veranstalteten, hat sich jetzt eine Reihe von ihnen noch zu einer dritten, einer „Sommerschau“, entschlossen.

Die A...
Die lan...
nach ein...
pation...
rung zu...
Landw...
in E...
den...
wurde...
während...
tritt der...
ka abge...
Die E...
Landwir...
ent und...
entwürf...
nen Inter...
stellungen...
und Pflicht...
auf ihre...
auf die E...
auf den...
verwech...
Verhältnis...
in den...
stellt und...
schafften...
erweitert...
edgültig...
Statistik...
er Stelle...
den Ges...
zu rechn...
Halter...
In einer...
Landwir...
des Mini...
Bürgerme...
tung für...
Es ist inf...
Worte...
wartung...
zu will...
ein E...
Zwang...
gen der...
aus Geh...
Verantwort...
klingt...
wider...
nicht ab...
auf den...
breit...
dem sol...
freie M...
für aus...
hien soll...
Gesamts...
in die...
bei Tisch...
mit der...
Wir keine...
stund...
beacht...
wären. U...
wird wic...
den soll...
In Ger...
Sohn...
die morg...
dort kein...
Bodenlock...
dort...
inhalten...
inhalts...
dieses La...
die ersten...
und in A...
Sommer...
Köpfe...
Pöple...
Pöple...
und sich...
kleiner...
werden. It...
inhalts...
mit we...
im hoch...
hag...
arbeiten...
gestrich...
Junge An...
grünen...
Gewick...
dodrigun...
und an tr...
früheren...
nach wi...
in vorteil...
im Som...
mit seine...
pöckel w...
Zweik...
Das Un...
Feind...
kauter...
sich de...
hoben...
sollt...
be...
anglan...
Der Ka...
Zerstör...
Ger...
maß...
V...
möglich...
in der...
in dem...
in, über...
mitten...
A...

Rebschädlingsbekämpfung dringend notwendig

Der Rebeschützendienst des Staatl. Weinbauinstituts gibt bekannt: Die erste Peronosporausbrüche sind am 29. und 30. Mai erfolgt.

lagen werden im Juni wöchentlich mit einem fertigen Kupfermittel (1%ig, konzentrierte Kupferkalk 0,4%ig) gespritzt.

daß im Frühjahr Saat und Gras erst richtig wachsen, daß die Knospen der Sträucher und Bäume erst dann springen, wenn ein Wetter sie „herausdonnert“.

fühlig. Wenn die saftstrotzenden Blätter der Runkel- und Steckrüben über Mittag auf den Boden sinken, wenn sie schlaff nach unten hängen, dann kommt gewöhnlich ein Gewittersturm.

Ein grausames Schicksal nahm mir meine inniggeliebte Lebensgefährtin und meinen Kindern ihre treusorgende Mutter Luise Rheinboldt geb. Fritsch

Jetzt wieder SALAMANDER in bekannter Güte! Preislisten: 9,15 11,25 12,50 15,50 18,50 21,50 25,50 29,50

Demokratische Partei KASTATT Monatsversammlung Donnerstag, 9. Juni, 20.30 Uhr

Beim Hinschied unserer lieben, treubesorgten, unvergesslichen Mutter Frau Rosa Gaß Wwe.

Ihre Verlobung geben bekannt: Ellen Meiner Gert Hoesch Wuppertal-E. Gernsbach (Bad.)

EINE Zeile nur von Dralle bringt Erfolg in jedem Falle Mit Zahncreme beginnt der Tag Dralle

STELLENANGEBOTE Zeitungsverlag sucht in allen größeren Orten Kurorten und Gemeinden geeignete Verkaufsstellen

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute unsern innigstgeliebten, einzigen Sohn Dieter Vorlauf nach schwerem Leiden im Alter von knapp 36 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

181. Versteigerung Donnerstag, 8. Juni, 14 Uhr, im freiw. Auftrag in bar und 10% Aufgeld versch. Besten in der Turnhalle der Pestalozzischule

Liebes Brautpaar! Verwandte, Freunde und Bekannte haben Sie anlässlich Ihrer Verlobung oder Vermählung zum Pfingstfest erfreut

STELLENGESUCHE Elektro-Monteur, mit Erfahrung in allen Zweigen der Elektrobranche, sucht ab sofort Anstellung in Kastatt od. Umgebungs

STÄDTISCHE BEKANNTMACHUNGEN Baden-Baden Lebensmittelaufruf Zucker: Monat Mai, 1. Rate. Karve 15 = 500 g a. Abschn. 5 und 7, je 250 g.

Unsere Lesern und Geschäftsfreunden von Lörrach und Umgebung bringen wir zur Kenntnis, daß sich ab 1. Juni 1949 unsere Geschäftsstelle und Lokalredaktion in Lörrach Grabenstraße 5 befindet.

TIERMARKT 1. Jahrg. Schaf zu verkaufen. 23 Stück unter Nr. 218 in der Geschäftsstelle „Das Neue Baden“, Lörrach.